

## ZERMAHLEN ZWISCHEN SPÖ UND ÖVP

# Im Schneckentempo zur Gesamtschule

Die Großparteien können sich auf kein brauchbares Modell für die Gesamtschule einigen. So bleibt wieder einmal alles, wie es ist.

Es ist für das Schulwesen in Österreich traurig, dass die Schultypen weiterhin konkurrieren werden. Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke", meint KPÖ-Schulsprecher Andreas Fabisch zur unseligen Schuldiskussion zwischen SPÖ und ÖVP. In Wirklichkeit bleibt alles beim Alten. Und das ist ja nicht gerade zufrieden stellend.

Nach der Volksschule bringt nur die Gesamtschule mehr Chancengerechtigkeit. In dem nun geplanten Nebeneinander der verschiedenen Schulformen (HS, AHS, NMS) wird eine soziale Durchmischung nur bedingt erfolgen; ähnlich wie bisher. Statt einer bestausgestatteten Neuen Mittelschule werden drei Schultypen miteinander konkurrieren. Zusätzliches Geld soll es nicht geben. Wie aber sollen dann starke wie schwächere Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert werden? Wer bringt Unverbindliche Übungen und Freigegegenstände zurück – Stunden, die bei Schülerinnen und



Andreas Fabisch ist AHS-Lehrer und Vertreter der KPÖ im Landes-schulrat

Schülern oft die beliebtesten waren?

Die einzige Neutralität, die der Bundesregierung noch wichtig scheint, ist die Kostenneutralität. Darunter verbirgt sich aber ein Ringen der verschiedenen Schultypen um die entscheidenden Mittel – ein Verteilungskampf auf Kosten von Schülerinnen, Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern.

## KEIN KOLLEKTIVVERTRAG AN DER UNI

# Geringfügig Beschäftigte schwer benachteiligt

Mit 1. 1. 2004 wurden die Universitäten ausgliedert. Damit bekamen Vertragsbedienstete ein neues Vertragsverhältnis. Bis zum Inkrafttreten eines neuen Kollektivvertrages sollte für diese, aber auch für nach dem 1. 1. 2004 entstehende Dienstverhältnisse zumindest der Standard des Vertragsbediensteten-Gesetzes (VBG) gelten.

Tatsächlich haben die Universitäten diesen Standard al-

lerdings nicht bei allen neuen Dienstverträgen angewendet. So sehen sie beispielsweise die Anwendung des VBG für Geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte nach dem Universitäts-Abgeltungsgesetz als nicht gerechtfertigt an.

Trotzdem gibt es bis heute für diese an den Unis prekär beschäftigten Menschen weder einen gültigen Kollektivvertrag noch definierte Mindestlöhne.

## KOMMENTAR

# Die heutige Jugend braucht mehr



KPÖ-LABg. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

1,2 Millionen Euro werden in der Steiermark jährlich für die offene Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendtreffpunkte/-räume, Jugendinitiativen etc.) ausgegeben. Wer glaubt, dass das viel Geld ist, irrt. In dieser Summe sind nämlich die Personalkosten der JugendarbeiterInnen bereits inkludiert. Diese Tatsache beweist, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bei uns immer noch gering geschätzt wird.

Ich durfte im September 2007 an einer Bildungsreise nach Helsinki teilnehmen, die vom Steirischen Fachstellennetzwerk für Jugendarbeit und Jugendpolitik ([www.fachstellennetzwerk.at](http://www.fachstellennetzwerk.at)) organisiert wurde und war begeistert von der Grundeinstellung, die Finnland der Jugendarbeit entgegen bringt. Sie genießt in allen Gesellschaftsschichten einen besonders großen Stellenwert. Dem entsprechend gut ausgestattet ist das Budget, und die Erfolge, die erzielt werden, sprechen für sich. Allein die Stadt Helsinki stellt der offenen Jugendarbeit jährlich 24,2 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden z.B. 53 Jugendzentren

und zahlreiche andere Einrichtungen, wie z.B. das „Girls House“ (siehe unten) betrieben. Neben einer guten Ausstattung der Räumlichkeiten und sinnvollem Personalschlüssel wird dort auch das Prinzip der Partizipation, also altersgerechter Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte in allen Kinder und Jugendliche betreffenden Angelegenheiten, groß geschrieben.

Auch wir in der Steiermark müssen endlich einen Weg einschlagen, wo Kindern und Jugendlichen mit Respekt und jenen, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, mit hoher Wertschätzung entgegengetreten wird.

Einer der ersten Schritte sollte die Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der Steirischen Landesverfassung sein – eine Forderung, die die KPÖ schon lange stellt und deren Umsetzung sie erst vor kurzem wieder im Landtag mit ihren Stimmen unterstützt hat.

Hoffen wir, dass die schönen Reden letztendlich auch mit konstruktivem Handeln einhergehen – für unsere heutige Jugend!



„Girls House“ in der finnischen Stadt Helsinki ist ein Zentrum für Mädchen und junge Frauen zwischen zehn und 25 Jahren, mit Freizeitangeboten, ärztlicher Beratung sowie Mutter-Kind-Gruppen.